

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung**

**des Ortsbeirates Südliche Innenstadt**

**von Ludwigshafen am Rhein**

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, den 26.01.2022
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:05 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:05 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Vortragssaal Raum 210 (2. OG) der Volkshochschule Ludwigshafen, Bürgerhof

## **Anwesend waren:**

### Ortsvorsteher

Christoph Heller

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Karl-Heinz Hecker

Gabriele Deuschel-Deigentasch

Doris Behrendt

Anni Braun

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Margot Steeger

Paul Ludwig

Alfred Edler

### FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Andreas Werling

### DIE GRUENEN - Ortsbeiratsfraktion

Jens Brückner

Raik Dreher

Nesrin Akpinar

Armin Winkler

### DIE LINKE-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Liborio Ciccarello

### FWG-Ortsbeiratsmitglied

Elke Faulmüller

### Schriftführer/in

Christiane Balduf

## **Entschuldigt fehlten:**

## Tagesordnung:

1. Verpflichtung eines neuen Ortsbeiratsmitgliedes  
Vorlage: 20224501
2. Einwohnerfragestunde
3. Bericht Ortsvorsteher
4. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Dringende Überprüfung der Verkehrsführung am Paul-Kleefoot-Platz  
Vorlage: 20224549
5. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Digitaler Wegweiser auf der Ludwigshafener-APP über Anlaufstellen für Bürger\*innen  
Vorlage: 20224550
6. Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Aufstellen von Pfosten am Pfalzgrafenplatz zur Mundenheimer Straße hin  
Vorlage: 20224539
7. Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Information zu gemeinsamen Einsätzen von KVD und Streetworkern in den Bereichen  
Straßensozialarbeit Jugendliche und Drogensozialarbeit  
Vorlage: 20224541
8. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Sicherheits- und Betreuungsformat für die Ludwigsstraße  
Vorlage: 20224551
9. Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Einsicht in die Aufbauverfügungen der Verwaltung für das Filmfestival Zeitraum 2011-  
2021  
Vorlage: 20224540
10. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Anbringen von Abfallbehälter neben öffentlichen Glascontainerstellen  
Vorlage: 20224552
11. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Einfachere Verwaltungsabläufe für die Bürger in Pandemiezeiten  
Vorlage: 20224553
12. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Videoüberwachung in Bereichen von illegalen Sperrmüllablagerungen  
Vorlage: 20224554
13. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion

Mittelverwendung für das Südweststadion  
Vorlage: 20224542

14. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Grünflächen und Gehwege Rund um das "Quartier Rheinallee"  
Vorlage: 20224543
15. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Christian-Weiß-Platz  
Vorlage: 20224544

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Südliche Innenstadt war beschlussfähig.

TOP 4 und TOP 5 wurden zusammen behandelt.

Es waren anwesend:

Vertreter der Presse:  
Herr Gierescher, Rheinpfalz  
Herr Timmermann, Mannheimer Morgen

## **Protokoll:**

### **zu 1      Verpflichtung eines neuen Ortsbeiratsmitgliedes**

Der Ortsvorsteher, Christoph Heller, bedankt sich recht herzlich bei der anwesenden Frau Lorena Schmitt, für die gute und langjährige Zusammenarbeit im Ortsbeirat.

Herr David Guthier ist für Frau Lorena Schmitt in den Ortsbeirat nachgerückt, die ihr Mandat aus persönlichen Gründen niedergelegt hat. Er wird die Wahl annehmen, hat sich jedoch wegen Krankheit entschuldigt.

Die Verpflichtung von Herr Guthier erfolgt in der nächsten Ortsbeiratssitzung am 10. Mai 2022.

### **zu 2      Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Anfragen von Bürger\*innen vor.

### zu 3      **Bericht Ortsvorsteher**

1.

Der Ortsvorsteher, Herr Heller, stellte die Frage an die Ortsbeiratsmitglieder, wann und wo die künftigen Ortsbeiratssitzungen stattfinden sollen?

Er äußerte die Bitte an alle Ortsbeiratsmitglieder, Alternativen zu suchen, damit das Haus und auch die VHS ihren geregelten Ablauf haben können.

Eine Möglichkeit wäre die Aula der BBS Wirtschaft I, wobei diese montags, mittwochs und donnerstags belegt ist. Sitzungen können nur dienstags stattfinden.

**Der Ortsbeirat südliche Innenstadt beschließt einstimmig, dass die künftigen Ortsbeiratssitzungen in der BBS Wirtschaft I, Mundenheimer Straße 220, 67061 Ludwigshafen, in der Aula stattfinden. Die bereits festgelegten Termine werden jeweils einen Tag vorverlegt.**

**Neue Termine:**

**10.05.2022**

**05.07.2022**

**27.09.2022**

**08.11.2022**

**immer dienstags, 17.00 Uhr**

2.

Der Ortsvorsteher, Herr Heller, verliest die Rückmeldung des Bereichs Grünflächen 4-21, zu der Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion - Gefällte Bäume auf dem Parkplatz der JVA (Fickeisenplatz)

Diese lag der Ortsbeiratssitzung am 24.11.2021 nicht vor.

Ansprechpartner ist die LBB-Niederlassung Landau

Gebäude und Instandhaltung (GMI)

Spartenleiter - Herr Martin Schreieck, Tel. 06341-912-234

Projektleiter - Herr Michael Wernicke, Tel. 06341-912-206

**Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt nimmt dies zur Kenntnis.**

3.

Der Ortsvorsteher, Herr Heller, verliert die Rückmeldung des Bereichs Umwelt 4-11, zu der Nachfrage - Etatberatungen 2022 – Haushaltsansätze für den Ortsbezirk.

Frage 1. Wo im Haushaltsansatz sind die Stileichen, die kaputtgegangen sind, auf der Parkinsel  
zu ersetzen?

Antwort des Bereichs Umwelt 4-11:

Die Eichen wurden als autochthones (zertifizierte Herkunft Oberrhein) Pflanzgut forstlich eingebracht in vorhandenen lichte Lücken. In diesem Fall wird relativ kleine Forstware relativ dicht gepflanzt. Ein Ausfall bzw. Reduktion über die Zeit oder bei extremer Trockenheit ist durchaus normal.

Soweit notwendig und sinnvoll werden im laufenden Unterhalt Bäume forstlich ersetzt. Die Kosten sind im Budget vorgesehen.

Frage 2. (Wann genau ist der Ausbau Mundenheimer Straße in Höhe Von-Weber-Straße, Richtung Mundenheim geplant?) ist noch in Klärung.

**Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt nimmt dies zur Kenntnis.**

**zu 4      Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Dringende Überprüfung der Verkehrsführung am Paul-Kleefoot-Platz**

TOP 4 und TOP 5 wurden zusammen behandelt.

Der Bereich Straßenverkehr 2-15 teilt folgendes mit:

Aufgrund von erhöhten Fehlzahlen von Personal im Bereich 2-15 (Straßenverkehr) können die Stellungnahmen derzeit nicht vorgelegt werden.

Sobald die entsprechenden Mitarbeiter\*innen wieder da sind, werden die Stellungnahmen unverzüglich nachgereicht.

**Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt nimmt die Rückmeldung zur Kenntnis, wird TOP 4 und TOP 5 auf Wiedervorlage für die Ortsbeiratssitzung am 11. Mai 2022 legen.**

**Gleichzeitig bittet der Ortsbeirat Südliche Innenstadt einstimmig, den Antrag mit dem Zusatz: Die Verkehrsführung muss speziell auch auf seine Funktion als Pendlerradweg geprüft werden, zu erweitern.**

**zu 5           Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Digitaler Wegweiser auf der Ludwigshafener-APP über Anlaufstellen für  
Bürger\*innen**

Die Verwaltung und die LUKOM nehmen wie folgt Stellung:

Alle Anlaufstellen sind im digitalen Stadtplan hinterlegt: <https://stadtplan.ludwigshafen.de/> . Hier kann man eigens über das Straßenverzeichnis und das Stichwort „Themen“ die Standorte der Stadtverwaltung auswählen. In einem neuen Flyer sind außerdem die aktuellen Anlaufstellen zum Rathausauszug verzeichnet. Dieser ist auch auf der städtischen Website zu finden:

[https://www.ludwigshafen.de/fileadmin/Websites/Stadt\\_Ludwigshafen/Buergernah/Buergerservice/Rathausauszug/flyer\\_rathausauszug.pdf](https://www.ludwigshafen.de/fileadmin/Websites/Stadt_Ludwigshafen/Buergernah/Buergerservice/Rathausauszug/flyer_rathausauszug.pdf)

Die LUKOM kann dem Antrag aus dem Ortsbeirat Südliche Innenstadt insofern entsprechen, dass vorhandene Informationen zu den Anlaufstellen für die Bürger\*innen gerne in die APP LUdigital übernommen werden.

Voraussetzung hierfür ist, dass die Informationen bei der Stadtverwaltung vorliegen und gepflegt werden und diese auf einer Webseite vorgehalten werden, die responsive ist, um in den unterschiedlichen Endgeräten korrekt wiedergegeben werden zu können. Ist dies gegeben, können wir die Maßnahme kurzfristig realisieren.

**Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt beschließt einstimmig und bittet die Verwaltung, das jetzt angebotene Format zu ändern bzw. zu erweitern und bei der LUKOM-App eine Suchfunktion einzurichten, bei der man angezeigt bekommt, wo was ist. Ohne diese Suchfunktion erinnert die jetzige Lösung eher an eine Schnitzeljagd.**

**zu 6           Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Aufstellen von Pfosten am Pfalzgrafenplatz zur Mundenheimer Straße hin**

TOP 5 und TOP 4 wurden zusammen behandelt.

Der Bereich Straßenverkehr 2-15 teilt folgendes mit:

Aufgrund von erhöhten Fehlzahlen von Personal im Bereich 2-15 (Straßenverkehr) können die Stellungnahmen derzeit nicht vorgelegt werden.

Sobald die entsprechenden Mitarbeiter\*innen wieder da sind, werden die Stellungnahmen unverzüglich nachgereicht.

**Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt nimmt die Rückmeldung zur Kenntnis, wird TOP 5 und TOP 4 auf Wiedervorlage für die Ortsbeiratssitzung am 11. Mai 2022 legen. Dies wurde einstimmig beschlossen.**

**zu 7           Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Information zu gemeinsamen Einsätzen von KVD und Streetworkern in den  
Bereichen Straßensozialarbeit Jugendliche und Drogensozialarbeit**

Die Verwaltung teilt folgendes mit:

Zum vorgenannten Antrag der Grünen-Ortsbeiratsfraktion nehmen die sachbefassten Dezernate 2, 3 und 5 wie folgt Stellung:

Bereits seit 2017 befassen sich Verwaltung und unterschiedliche Gremien, wie an späterer Stelle noch aufgelistet, mit der von der Grünen-OBR-Fraktion aufgeworfenen Thematik. In ihren jeweiligen Stellungnahmen hat die Verwaltung (bzw. die betroffenen Dezernate) auf die unterschiedlichen Aufgabenbeschreibungen und das Rollenverständnis von KVD (Dezernat 2), Streetworkern (Dezernat 3) und Drogensozialarbeitern (Dezernat 5) hingewiesen. Es darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, dass der KVD ordnungspolizeiliche Aufgaben wahrnimmt, demgegenüber Straßensozialarbeit und Drogensozialarbeit pädagogische Interventionen zur Aufgabe haben.

So heißt es in den Stellungnahmen des Bereichs Jugendförderung und Erziehungsberatung (3-16) in der Regel:

„Die Straßensozialarbeit des Bereiches Jugendförderung und Erziehungsberatung ist ein sozialpädagogisches Angebot auf Basis von Freiwilligkeit (§§11,13 SGB VIII). Ziel ist der Aufbau von langfristigen, tragfähigen Beziehungen. Diese haben das Potential zu einer Verhaltensänderung der Klientel. Das erfordert Zeit und Vertrauen. Das sozialpädagogische Angebot richtet sich an Jugendliche bis 18 Jahren, in begründeten Ausnahmefällen an junge Menschen bis 21 Jahren.

Die Straßensozialarbeit kann keine ordnungspolizeilichen Aufgaben übernehmen, ohne den Zugang und das Vertrauen der Klientel zu verlieren. Deshalb kann es auch keine gemeinsamen Einsätze mit Polizei oder KVD geben.“

Diese Aufgabenbeschreibung der Straßensozialarbeit ist seit vielen Jahren konzeptionell beschrieben, veröffentlicht (lu4u.de) und in verschiedenen Gremien und Stellungnahmen vorgestellt worden, unter anderem im:

**Ortsbeirat südliche Innenstadt:**

- Am 6.9.2017 zum CDU Antrag „Unterstützung und Intervention der Streetwork im Bereich Pfalzgrafen-/ Seydlitzstraße“
- Am 12.8.2020 zum CDU Antrag „Innenstadt als Einkaufsstadt“
- Am 29.9.2021 zum Antrag der Grünen Ortsbeiratsfraktion „Erfahrungen der Bereiche Straßensozialarbeit und Drogensozialarbeit mit dem KVD“



Sowie in anderen Ortsbeiräten.

**Im Stadtrat**

- Am 24.8.2020 zum CDU Antrag „Sicherheitskonzept für die Innenstadt“.

**Im Rat für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen**

- Am 10.11.2021.

Rat für Kriminalitätsverhütung in Ludwigshafen am Rhein für mehr Sicherheit

**Im Jugendhilfeausschuss**

- Am 7.6.2018.

Aus Sicht der Verwaltung ist der Antrag der Grünen-OBR-Fraktion als erledigt anzusehen.

**Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt beschließt einstimmig einen Termin für die kommende Sitzung mit dem Streetworker und der Jugenddrogenhilfe zu vereinbaren.**

**zu 8           Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Sicherheits- und Betreuungsformat für die Ludwigsstraße**

Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:

Bei der LUKOM ist Yann Fürst als Referent für City-Management in der Abteilung Stadtmarketing Ansprechpartner für den innerstädtischen Einzelhandel, also auch für die Betreiber der neuen Geschäfte in der Ludwigsstraße. Er steht mit den Gewerbetreibenden in Kontakt und unterstützt sie bei Ihren Anliegen.

Für die Sicherheit der Innenstadt sind die Polizei und der Bereich Öffentliche Ordnung der Stadtverwaltung zuständig.

In der Vergangenheit hat sich verwaltungsintern der Arbeitskreis SOS (Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit) mit der Thematik befasst.

In der Ludwigsstraße finden wöchentlich Kontrollen durch den KVD statt. Es ist dort jedoch nicht verboten, Alkohol zu trinken. Bei akuten Belästigungen durch Alkohol ist der KVF unter der 0621-504-3471 zu verständigen.

Alleine der Anblick von Alkohol trinkenden Personen reicht nicht aus, diese zu vertreiben. Wir sind jedoch aktiv, diesen Personenkreis unter die Brücke am Berliner Platz zu zentrieren, wo dieser auch von uns und dem Ortsvorsteher seit vielen Jahren geduldet wird. Ein Trinkertreff wie in Mannheim wäre hilfreich, siehe Artikel als Anlage.

# Ja zu mehr Hilfe für Trinker

Braucht Ludwigshafen eine Anlaufstelle für alkoholabhängige Menschen? Der Sozialausschuss hat gestern lebhaft über einen entsprechenden SPD-Vorstoß diskutiert. Einem Trinker-Treff nach dem Vorbild des Mannheimer „Café Anker“ erteilte jedoch allen voran die CDU eine Absage. Trotzdem einigte sich der Ausschuss am Ende auf einen guten Kompromiss.

VON CHRISTIANE VOPAT

„Alkoholsucht ist eine Krankheit“, stellte Holger Scharff eingangs fest. Strömungen durch öffentliches Trinken beschäftigen den Rat und die Verwaltung seit Jahren, erläuterte der SPD-Sprecher seine Initiative. Brennpunkte seien die Innenstadt rund um den Berliner Platz und die Ludwigstraße. Aber auch in anderen Stadtteilen gebe es im öffentlichen Raum Treffen von unterschiedlichen Personengruppen zum öffentlichen Trinken, erläuterte Scharff das Anliegen der Genossen.

Einerseits fühle sich die Stadtgesellschaft dadurch gestört und verunsichert. „Wir möchten aber den Blick auch auf die ausübenden Menschen lenken. Welcher Angebote bedarf es, um beiden Seiten gerecht zu werden?“, fragt sich die SPD. Eine Stelle bei der Drogenhilfe zur aufsuchenden Sozialarbeit für diesen Personenkreis reicht nach Ansicht Scharffs nicht aus: Er fordert mindestens eine weitere Stelle sowie „Räumlichkeiten, in denen alkoholkranken Menschen einen Schutzraum finden und mit Sozialarbeit Wege aus der Sucht und von der Straße entwickelt werden können“.

Daher stelle die SPD zunächst den Antrag, dass die Verwaltung beauftragt werden soll, zu prüfen, ob und wie ein Konzept ähnlich dem „Café Anker“ in Mannheim auf Ludwigshafen übertragen werden kann. Dies soll so schnell bearbeitet werden, dass die notwendigen Mittel in den Haushalts- und Stellenplan 2021/2022 eingestellt werden können.

Die Kritik der Sprecher anderer Fraktionen ließ zunächst erwarten, dass die Sozialdemokraten sich mit ihrem Vorstoß eher nicht durchsetzen würden. Peter Uebel stellte fest, dass die Trinker-Szene in Ludwigshafen



Nicht nur am Carl-Würster-Platz im Hemshof treffen sich Menschen und konsumieren viel mehr Alkohol, als ihnen gut tut.

ARCHIVFOTO: KUNZ

fen nicht mit jener in Mannheim vergleichbar sei. Zudem kann der CDU-Sprecher kein spezielles Trinker-Problem in der Chemiestadt erkennen. Nach seiner Einschätzung hat Ludwigshafen am Berliner Platz und in Teilen der Ludwigstraße vielmehr Probleme mit Drogenhandel und Kriminalität. Daher habe die CDU auch schon im August im Stadtrat ein Sicherheits- und Ordnungskonzept mit aufsuchender Sozialarbeit für diesen Brennpunkt gefordert, so Uebel. „Wir sehen den Sinn des SPD-Antrags nicht. Da können wir nicht mitgehen.“

Verwirrt gab sich daraufhin Hans-

Joachim Spiess. Der AfD-Sprecher fragte sich: „Was ist die bessere Variante? Der Antrag der SPD oder der Vorschlag der CDU? Außerdem wollte er genau wissen: „Wann soll denn das Sicherheitskonzept für die City endlich umgesetzt werden?“

## Vielfältige Debatte

Für die Piraten stößte sich Sebastian Hochwarth daran, dass sich der SPD-Antrag lediglich auf Menschen mit Alkoholproblemen bezieht. Er plädierte auch für die Unterstützung drogen-süchtiger Menschen, zumal die Abgrenzung zwischen beiden Gruppen

kaum möglich sei.

Nach Ansicht von Gisela Witt-Pieper muss die Stadtgesellschaft damit leben, dass sich an manchen Stellen sogenannte Trinker versammeln. Alkohol sei eine gesellschaftlich akzeptierte Droge, erläuterte die Grüne im Rat ihre Haltung. Daher halte sie zwar viel von aufsuchender Sozialarbeit, aber gar nichts von einer „Ghettoisierung“.

Schließlich glänzte Sozialdezernentin Beate Steeg (SPD) die Wogen und verhalf den Genossen doch noch zum Erfolg. Sie mahnete Handlungsbedarf an: „Wir haben zwar ein gutes Netzwerk an Beratungsstellen bei der

Caritas und der Diakonie. Aber wir sehen gerade auch an allen Fronten, dass diesen Stellen die Finanzierung wegbreicht und die Stadt gefordert ist.“ Es wäre schlimmer, „wenn uns die Kooperationspartner im Stadthilfenetzwerk wegbrechen“, blickte Steeg in die Zukunft. Daher schlug sie vor, dass die Verwaltung beauftragt wird, sich des Themas anzunehmen sowie Vorschläge und eine Kostenkalkulation zu erarbeiten.

Diesem Kompromiss stimmte der Ausschuss zu. Jetzt sind die Mitarbeiter im Rathaus am Zug. Eile ist geboten. Denn die Haushaltsberatungen sind bereits im vollen Gange.

**Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt bedankt sich für die Antwort und weist einstimmig darauf hin, dass wir die Neuansiedlung der Händler durch die Aufgabe des Rathaus-Centers nur einmal haben. Es ist uns ganz wichtig, heute schon darauf hinzuweisen, dass wir alles tun, um diese Händler auch dort zu halten.**

**Wir bedanken uns dafür, dass sich angestrengt wurde der Ludwigsstraße zu helfen, verweisen aber darauf, dass die Probleme nicht geringer wurden. Wir werden früh genug neu gewonnene Händler darauf aufmerksam machen, dass eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Beteiligten dazu führt, dass dieses Angebot auf Dauer erhalten bleibt.**

**zu 9           Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Einsicht in die Aufbauverfügungen der Verwaltung für das Filmfestival Zeit-  
raum 2011-2021**

Der Bereich Grünflächen 4-21 nimmt wie folgt Stellung:

**Antwort September 2021:**

Das Filmfestival beschränkt sich von Beginn an (2005) auf die städtische Fläche zwischen den Wegen an der Bouleanlage bei den Tischtennisplatten und dem Weg vor dem Bolzplatz. Die dort in Anspruch genommene Fläche wird seit 2016 voll in Anspruch genommen. Mit diesem Zeitpunkt wurden die Abstellmöglichkeiten für die Fahrräder auf den nördlich anschließenden Bolzplatz verlagert. Nachdem die Bespielbarkeit des Bolzplatzes auch während des Filmfestivals sichergestellt, so wie die Anzahl der Veranstaltungen reduziert werden sollte, wurde in 2019 „Jazz am Rhein“ im August nicht durchgeführt und es wurde lediglich ein Tor abgebaut, so dass der Bolzplatz häufig bespielbar blieb.

Die Stadtverwaltung Ludwigshafen ist für den Bereich auf der Parkinsel zwischen der Hannelore-Kohl-Promenade in Richtung Hochwasserschutzmauer zuständig. Der Bereich zwischen Hannelore-Kohl-Promenade und Wasser liegt in der Zuständigkeit des Wasser- und Schifffahrtsamtes Mannheim, die für den Bereich die genehmigende Behörde sind.

**Antwort Januar 2022:**

Wir verweisen auf die Stellungnahme vom September 2021. Weitere Unterlagen stehen uns nicht zur Verfügung.

Sobald uns die Planungen für das Filmfestival 2022 vorliegen, werden wir darüber informieren.

Im Zuge der Zusammenarbeit wurden der NABU, der BUND und der Naturschutzbeirat eingebunden. Mit den beschwerdeführenden Anliegern befinden wir uns im Gespräch.

**Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt beschließt einstimmig, wir haben Verständnis, dass die Verwaltung nicht von Anfang an begleiten möchte. Wir bitten aber um die Unterlagen 2020/21 und sobald vorliegend um die Unterlagen 2021/22, damit dieses Gremium sich damit befassen kann und mögliche Schwachpunkte nachvollziehen und besprechen kann. Bitte lange genug, bevor die Veranstaltung beginnt und nicht am Eröffnungstag.**

**zu 10      Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Anbringen von Abfallbehälter neben öffentlichen Glascontainerstellen**

Der Bereich Wirtschaftsbetriebe 4-2 teilt folgendes mit:

Der Bereich Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik, Abteilung Stadtreinigung, ist u. a. für die Reinigung der Altglascontainer-Standplätze und die Leerung der öffentlichen Papierkörbe im Stadtgebiet zuständig.

Im Stadtteil Süd stehen den Bürger\*innen aktuell 27 Altglascontainer-Standplätze zur Verfügung.

Eine Überprüfung ergab, dass an zwölf Standplätzen bereits ein Papierkorb vorhanden ist. An den restlichen 15 Standplätzen werden wir zeitnah Papierkörbe installieren lassen. An sechs Standorten muss allerdings zunächst eine Haltestange einbetoniert werden, um die Papierkörbe befestigen zu können. An den anderen neun Standorten ist bereits eine entsprechende Befestigungsmöglichkeit vorhanden.

**Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt beschließt einstimmig und bittet um Überprüfung, an welchen Glascontainern Kartonagen oder Altbehälter rumfliegen und genau darauf zu achten, wieviel Restmüll damit anfällt, an den besonders belasteten Bereichen.**

**Wir bitten deshalb nicht um Anbringung eines Abfalleimers, sondern um Aufstellung eines Müllbehälters von 120 Litern bzw. 240 Litern, um dort auch die Möglichkeit zu geben, sein Nichtglas auch direkt zu entsorgen. Das ist vor allen Dingen als Entlastung für die WBL gedacht.**

**Wir bitten auch die Standorte nachzusehen, ob diese Standorte allein dadurch, dass hintere Bereiche nicht einsehbar sind oder dass sie praktisch zur Sperrmüll- oder Altkleideranhäufungen einladen, so umzugestalten, dass dort ein verstecktes Müllentsorgen nicht mehr leichtfällt.**

**zu 11      Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Einfachere Verwaltungsabläufe für die Bürger in Pandemiezeiten**

Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:

Es gibt und gab beim Service der Bürgerbüros zu keiner Zeit Einschränkungen in den Dienstleistungen. Alle Dienstleistungen wurden und werden weiterhin angeboten. Um die Besucherzahlen in den Bürgerbüros während der Pandemie auf die gesetzlich jeweils zulässige Zahl beschränken zu können, ist eine Vorsprache in allen Bürgerbüros seit Beginn der Pandemie allerdings nur noch mit Termin möglich.

Wie lange eine Vorsprache nur mit Termin möglich sein wird, hängt ausschließlich von der weiteren Entwicklung und den damit zusammenhängenden gesetzlichen Regelungen ab. Ein genauer Zeitpunkt kann deshalb nicht benannt werden. Wir beobachten die Situation allerdings genau und passen unsere Maßnahmen regelmäßig, wenn erforderlich auch täglich, an.

In den drei Außenstellen Achtmorgenstraße, Oggersheim und Oppau kann auf Grund der räumlichen Situation von jeweils zwei vorhandenen Arbeitsplätzen nur ein Platz genutzt werden. Dadurch verringert sich die Zahl der gleichzeitig dort möglichen Termine bereits um die Hälfte. Hinzu kommt, dass durch die Terminvereinbarung Personal für andere Aufgaben, z.B. telefonische Terminvereinbarung oder die Einlasskontrolle abgestellt werden muss, damit sich eben nur die Kund\*innen mit Termin im Wartebereich aufhalten und die Gesamtzahl der in den Räumlichkeiten anwesenden Personen nicht zu groß wird.

Die Terminvereinbarung soll grundsätzlich online erfolgen. Hierfür sind derzeit Termine für die nächsten 42 Tage (sechs Wochen) buchbar. Täglich werden hier auch neue Termine zur Verfügung gestellt. Ein längerer Zeitraum als 42 Tage in der Zukunft kann auf Grund der sich regelmäßig ändernden Situation und der ansonsten zu langen Reaktionszeit nicht freigeschaltet werden.

Für Personen, die keine Möglichkeit haben, einen Termin online zu buchen und für Personen, die ein dringendes und unaufschiebbares Anliegen haben, besteht die Möglichkeit, einen zeitnahen Termin telefonisch zu buchen. Hierfür sind mittlerweile täglich zwei Mitarbeiter\*innen

ausschließlich an den Telefonen der Bürgerbüros eingesetzt. Da viele Kunden den einfachen Weg wählen und ihren Termin lieber telefonisch buchen, obwohl sie es auch online könnten, sind teilweise leider mehrere Versuche erforderlich, um eine freie Leitung zu erreichen. Hier läuft jedoch auch zunächst eine Bandansage, die auf das Prozedere und die Möglichkeit in dringenden Fällen eine Mail zu schreiben, hinweist.

Im zentralen Bürgerbüro wurden die Öffnungszeiten auf Grund der Pandemie dienstags und mittwochs von 14.00 Uhr auf 16.00 Uhr erweitert.

In den Außenstellen nicht benötigtes Personal wird zur Verstärkung und Besetzung der coronabedingt maximal neun Arbeitsplätze im BB Bismarckstraße eingesetzt.

Je nach Anzahl der besetzten Schalter werden auch zusätzliche Kund\*innen, die ohne Termin und mit einem dringenden Anliegen im zentralen Bürgerbüro vorsprechen, zwischen den Terminkund\*innen bedient. Hier können jedoch auch längere Wartezeiten entstehen. Die Entscheidung, ob es sich um ein solches Anliegen handelt, wird allerdings objektiv von den Mitarbeiter\*innen und nicht subjektiv von den Kund\*innen getroffen.

Seit 01.01.2022 wurden in den Bürgerbüros der Stadt Ludwigshafen fast 3000 Termine vergeben. Bei 13 Öffnungstagen in diesem Zeitraum ergibt dies durchschnittlich 230 Termine pro Tag. Zusätzlich wurden im gleichen Zeitraum im zentralen Bürgerbüro Bismarckstraße fast 700 Kunden bedient, die ohne Termin vorgesprochen haben und ein dringendes und unaufschiebbares Anliegen hatten. Unabhängig hiervon wurden seit 01.01.2022 aber auch mehr als 600 Termine nicht wahrgenommen und auch nicht abgesagt. Diese Termine werden dann mit dringenden und unaufschiebbaren Anliegen ohne Termin aufgefüllt.

Weitere Möglichkeiten zur Verbesserung der Terminsituation sind derzeit nicht ersichtlich. Alle Mitarbeiter\*innen in den Bürgerbüros geben seit Beginn der Pandemie und ohne einen Tag Unterbrechung wegen Schließung ihr Bestes, um den Einwohner\*innen der Stadt Ludwigshafen weiterhin alle Dienstleistungen anbieten zu können.

Vergleichbar ist die Situation in der Abteilung Aufenthaltsrecht. Auch hier ist die Abteilung für den Publikumsverkehr nach Terminvereinbarung uneingeschränkt geöffnet. Weiter wurden die Backofficezeiten, zu denen kein Publikumsverkehr stattgefunden hat, schon lange gestrichen und im Gegenzug die Terminvergabezeiten um zwei volle Tage ausgeweitet. Derzeit werden rund 750 bis 800 Termine in der Woche abgearbeitet. Falls aufgrund der hohen Terminnachfrage nicht zeitnah ein Termin vergeben werden kann, erfolgen Priorisierungen nach der Wichtigkeit oder es werden Fiktionsbescheinigungen (Fortgeltungsbescheinigungen) ausgestellt und verschickt oder zur Abholung bereitgehalten.

Abschließend wird angemerkt, dass wir immer bestrebt sind, den bestmöglichen Service für die Menschen in Ludwigshafen zu bieten, dieser Service findet seine Grenzen aber grundsätzlich in den einschlägigen Gesetzen und derzeit leider auch zusätzlich in den Regelungen zur Eindämmung der Pandemie.

**Liebe Verwaltung, wir verstehen die besondere Situation der Verwaltung, aber ein einfacher Personalausweis zu verlängern oder neu zu beantragen, mit einer Wartezeit bis zu 7 Wochen ist weder praktikabel noch akzeptabel. Das bedeutet, dass auf jeden Fall geltendes Recht außer Acht gesetzt werden muss. Wenn man erwartet, in einem nor-**

malen Bereich geholfen zu bekommen, dann ist man etliche Wochen unterwegs ohne gültigen Personalausweis. Wenn dann noch eine Reise oder ein Grenzübertritt ansteht, wird das Ganze noch komplizierter. Es ist Verpflichtung der Verwaltung dies möglich zu machen.

Wenn sich die Räumlichkeiten reduziert haben, wäre es eine Möglichkeit im Ortsvorsteherbüro eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung im zweiten zur Verfügung stehenden Raum aufzunehmen, die dort ihr Angebot machen könnte. Bei telefonischer Buchung oder bei Online-Buchung könnte man dies mitteilen, dass man nicht ins Bürgerbüro geht, sondern ins Ortsvorsteherbüro gehen kann, da sitzt eine Mitarbeiterin der Verwaltung, die ihnen hilft. Dann würde das Angebot verdoppelt werden und wir hätten kürzere Wartezeiten.

**Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt bittet einstimmig um wohlwollende Prüfung.**

**zu 12      Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Videoüberwachung in Bereichen von illegalen Sperrmüllablagerungen**

Die Verwaltung teilt folgendes mit:

Die Stadtverwaltung Ludwigshafen hat dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Herrn Prof. Dr. Dieter Kugelman, ein Konzept "Pilot mobile Videoüberwachung: Installation von mobilen Kameras zur Verhinderung illegaler Abfallablagerungen" im Dezember 2021 vorgelegt.

Dies Konzept beschreibt inhaltlich unter welchen Bedingungen eine Videoüberwachung zur Vermeidung und Verfolgung illegaler Müllablagerungen als Modell möglich wäre. Sobald dieses Konzept mit allen technischen, organisatorischen, datenschutz-rechtlichen Themen abgenommen ist, erfolgt die Testphase.

**Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt beschließt, wir wissen, dass es die Generallösung nicht gibt und verstehen das auch. Wir sind trotzdem und möchten dies auch bekräftigen, seit acht Jahren der Meinung, dass die Videoüberwachung uns in diesem Punkt helfen könnte, nicht auf Dauer und immer nur dort, so lange dies notwendig ist. Aber gerade nachdem wir auch wissen, dass sehr oft auch Entrümpelner oder Fremde mit Fahrzeugen anhalten und dort den Sperrmüll abladen und das auf Kosten der Allgemeinheit und zur Belastung der Anwohner.**

**Wir sind der Meinung und möchten die Verwaltung darin bekräftigen, dass wir auch dieses Medium zeitweise brauchen. Wir würden sehr gerne 3, 4 oder 5 Plätze angeben, diese als Pilotprojekt bei uns im Stadtteil auszuprobieren, wie und mit welcher Wirkungsweise dieses Medium eingesetzt werden könnte.**

**Wir geben aber auch ausdrücklich zu bedenken, es soll für uns kein Tür- und Toröffnen sein, auf strikte komplette Überwachung immer und überall, sondern dort, wo wir seit längerem sehen, dass das Ganze anders nicht in den Griff zu bekommen ist.**

**Der Antrag wurde mit einer Gegenstimme einstimmig so beschlossen.**

**zu 13      Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Mittelverwendung für das Südweststadion**

Der Bereich Sport 1-21 nimmt wie folgt Stellung:

Die Mittel dienen ausschließlich dem Betrieb und der Unterhaltung des Stadions. Hierzu gehören kleinere bauliche Maßnahmen, Reinigung, Tribünenpflege, Baum- und Rasenpflege, Nebenkosten, Pflegearbeiten, Wartung der Heizung und der Sanitäreinrichtungen etc. Der Erhalt des baulichen Status Quo ist notwendig, um einen regelmäßigen Sportbetrieb zu gewährleisten.

Zusätzliche Investitionen bedürfen der Zustimmung des Sportausschusses, des Stadtrates und der Aufsichtsbehörde.

Im Jahr 2018 erfolgte eine dringende Sanierung der Rundlaufbahn mit allen leichtathletischen Erfordernissen, um optimale Verhältnisse zur Durchführung von Leichtathletik (nach Vorgaben der technischen Kommission des Deutschen Leichtathletikverbandes) im Trainings- und Wettkampfbetrieb zu schaffen. Die Gesamtsanierung belief sich auf ca. 800.000,00 Euro.

Infolge der Sanierung, die mithilfe von Fördermitteln des Landes im Rahmen der „VV Sportanlagenförderung (Goldener Plan)“ realisiert wurde, konnte gleichzeitig eine umfangreichere sportliche Nutzung erzielt werden. Die leichtathletischen Anlagen befinden sich seither auf dem neuesten Stand nach den o.g. Vorgaben.

**Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt nimmt dies zur Kenntnis.**

**zu 14      Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Grünflächen und Gehwege Rund um das "Quartier Rheinallee"**

Der Bereich Tiefbau 4-14 teilt folgendes mit:

Der Ausbau der Gehwege und öffentlichen Grünflächen rund um das „Quartier Rheinallee“ soll nach Mittelbereitstellung in 2022 erfolgen.

**Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt nimmt dies zur Kenntnis.**



**zu 15      Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Christian-Weiß-Platz**

**Dem Ortsbeirat Südliche Innenstadt liegt keine Stellungnahme vor.**

**Der Ortsvorsteher, Christoph Heller, teilte mit, dass der Platz der GAG gehört.  
Die GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion wird sich direkt an die GAG wenden.**

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um  
19:05 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 14.03.2022

---

Christiane Balduf  
Schriftführer

---

Christoph Heller  
Vorsitzende/r